



ZUR LANDTAGSWAHL
AM 6. JUNI 2021

Wahlprüfsteine des KgKJH

Sechs Parteien antworten auf zehn Fragen.

Frage 1: Sachsen-Anhalt ist stark vom demografischen Wandel betroffen. Die Bevölkerung wird immer älter. Junge Menschen sind in Parlamenten stark unterrepräsentiert und junge Politiker*innen, die Interessen, Bedarfe und Probleme aus dem eigenen Leben und den eigenen Erfahrungen heraus einbringen, befinden sich in der Minderheit. Vielen Jungen* und Mädchen* bleibt es verwehrt mitzubestimmen, denn oft entscheiden Erwachsene über sie hinweg.

Welchen Beitrag plant Ihre Partei zur Erhöhung der politischen Partizipationsmöglichkeiten von Mädchen* und Jungen*?

SPD: Trotz des demografischen Wandels und der Unterrepräsentation von Jugendlichen und jungen Menschen in Gremien und bei politischen Entscheidungen wünschen sie sich mehr Mitbestimmung bei gesellschaftlichen Prozessen und wollen sich engagieren. Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache und wollen in Entscheidungen miteinbezogen werden. Gelingende Beteiligung und Demokratiestärkung muss nicht nur ermöglicht, sondern auch möglichst früh erlernt und erprobt werden. Mit der partizipativen und dialogischen Erarbeitung des Jugendpolitischen Programms, welches vor kurzem veröffentlicht wurde, ist eine sehr gute Grundlage für eine eigenständige Jugendpolitik im Land gelegt worden, um junge Menschen und Jugendliche in möglichst vielen gesellschaftlichen Felder zu beteiligen. Auf Basis des erarbeiteten Programms sollen der Dialog und die Mitbestimmung fortgeführt und gestärkt sowie in den einzelnen Feldern (Mobilität, Beteiligung, kulturelles Engagement, sportliche Aktivitäten, Auslandsaufenthalte etc.) Maßnahmen umgesetzt werden. Das Landeszentrum Jugend + Kommune wollen wir verstetigen, um die Beteiligung von Jugendlichen in den Entscheidungsprozessen der Kommunen zu begleiten. Auch auf Landesebene streben wir Beratungs- und Beteiligungsstrukturen für engagierte Jugendliche an.

FDP: Gerade in jüngster Vergangenheit haben sich Jugendliche durch Demonstration ihrer Meinungen zur Klimapolitik in lange nicht dagewesener Weise Gehör verschafft. Sie haben gezeigt, dass sie ihre Interessen für die grundlegenden Bedingungen ihres Lebens vertreten und Forderungen an die Machthabenden gestellt. Diese Entwicklung wollen wir Freien Demokraten positiv aufnehmen und durch intensiven Dialog verstetigen. Die Herabsetzung des Wahlrechts auf 16 Jahre für Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament ermöglicht jungen Menschen in unserem Land, ihr Votum für ihre Interessen abzugeben. Voraussetzung für die dauerhafte Partizipation von sehr jungen Menschen ist zum einen die Transparenz und Erklärung politischer Entscheidungen durch Handelnde in Politik und Verwaltung und eine breit gefächerte, qualitativ hochwertige politische Bildung, die darauf angelegt ist, das Verständnis der staatlichen Strukturen, der Entscheidungswege und der Interessen der Beteiligten zu fördern, um folgende Generationen in ihrem Bemühen um den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Demokratie zu unterstützen.

DIE LINKE setzt sich konsequent für die frühe politische Partizipation von Mädchen* und Jungen* ein, damit sie über die Gestaltung unseres Landes mitbestimmen dürfen, denn schließlich sind auch sie von politischen Entscheidungen betroffen. Die Bereitschaft und die Motivation, sich politisch zu engagieren, bringen viele junge Menschen mit. Nicht zuletzt die Fridays-for-future-Bewegung zeigt, dass junge Menschen Einfluss auf Politik nehmen wollen, wenn sie verstehen, dass es dabei unmittelbar um ihre Gegenwart und Zukunft geht.

Wir wollen durch ein Herabsetzen des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre und ein kommunales aktives Wahlrecht für Migrant*innen mehr Menschen an der Demokratie beteiligen und ihnen ermöglichen, ihr Umfeld mit zu gestalten. Demokratie muss so früh wie möglich erlebbar sein. Kinder und Jugendliche sollen lernen, Meinungen fair auszutauschen, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und Wertschätzung für andere Positionen zu entwickeln.

Damit sich Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln können, ist es erforderlich, Angebote für eine altersgemäße politische Bildung auf- und auszubauen. Mit dieser Zielstellung wurde bereits 2014 ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz erarbeitet. Kinderrechte in die Landesverfassung aufnehmen, wählen ab 14 Jahren, mehr Mitsprache und Partizipation auf der Ebene der Kommunen und des Landes, das Setzen von Standards für kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung, die Unterstützung von Servicestellen der Kinder- und Jugendbeteiligung, mehr Rechte für Schüler*innen - das wollen wir auch weiterhin erreichen. In den Kommunen sollen Jugendparlamente in einem Online-Verfahren gewählt werden, die über ein eigenes Budget für Projekte verfügen und die in den Stadt- und Gemeinderäten und in den Kreistagen bei Kinder- und Jugendbelangen ein Antrags-, Rede- und Vetorecht haben. Dafür müssen sie personell angemessen unterstützt werden.

Beim Landtag soll eine Kinderkommission als parlamentarischer Unterausschuss eingerichtet werden, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Parlament vertritt. Im regelmäßigen Austausch mit den Vertreter*innen u.a. des Netzwerkes gegen Kinderarmut, dem Kinder- und Jugendring und der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung soll sie dazu beitragen, auftretende Problemstellungen schneller zu erkennen und entsprechende Lösungen zu entwickeln. Der/die Kinderbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt soll ständiges beratendes Mitglied der Kinderkommission sein.

CDU: Durch die Anpassung des § 80 Kommunalverfassungsgesetz wurde die Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen gestärkt. Dazu zählen ausdrücklich auch Kinder und Jugendliche. Wir setzen uns für Beteiligungsprozesse von Kindern und Jugendlichen ein. Angefangen von der Gestaltung von Spielplätzen bis hin zu Kinder- und Jugendräten auf kommunaler Ebene. Auf der Ebene des Landes wurden mit den Projekten „Jugend Macht Zukunft“ und „Jugend + Kommune“ entsprechende Vorhaben initiiert, um hier weitere Fortschritte zu erreichen. Darüber hinaus gilt es Wege zu finden, politische Beteiligung durch Veränderung der Angebote für junge Menschen attraktiver zu gestalten.

Bündnis 90/Die Grünen: Damit die Beteiligungsrechte der jungen Generation vor Ort mit Leben gefüllt und gewahrt werden, wollen wir das Kommunalverfassungsgesetz an dieser Stelle schärfen und die Verpflichtung der Kommunen altersgerechte Beteiligung zu ermöglichen aufnehmen. Zur Durchsetzung dieses Rechts setzen wir auf ein Verbandsklagerecht für demokratische Jugendverbände. Gleichzeitig wollen wir aber auch mit einer Fortführung und dem Ausbau des Landeszentrums Jugend und Kommune die Unterstützungsangebote für Kommunen ausbauen. Denn Kinder- und Jugendbeteiligung versteht sich nicht von selbst, daher ist die Beratung, Begleitung und Projektförderung für die Kommunen als Erfolgsprogramm der vorigen Legislatur weiter in die Flächen zu tragen. Gleichzeitig wollen wir den Gemeinden mehr Möglichkeiten geben, die jungen Menschen direkt in die politischen Prozesse vor Ort einzubeziehen etwa durch ein Rede- und Antragsrecht von Jugendgremien in den Gemeinde- und Stadträten und der Möglichkeit eines eigenen Budgets für Jugendgremien als Teil des jeweiligen kommunalen Haushalts. Für die direkte Beteiligung junger Menschen an Politik wollen wir auch das Projekt „Jugend Macht Zukunft“ dauerhaft fortführen. In dessen Rahmen sind bereits vielfache Beteiligungsformate umgesetzt worden, wodurch die Arbeit des Landes am Jugendpolitischen Programm wertvolle Impulse bekam.

Diese Ansätze sind getragen von der UN-Kinderrechtskonvention und den dort ratifizierten Beteiligungsrechten junger Menschen. Inspiriert von der Erkenntnis, dass Kinder nicht nur unsere Zukunft sind, sondern jetzt und hier bereits Teil unseres politischen Gemeinwesens und von der Notwendigkeit vorangetrieben werden, dass Demokratie sich nicht von selbst versteht, sondern von jeder Generation neu erlernt, gelebt und praktiziert werden muss. Diese Ein- und Wertschätzung führt zu unserer Forderung das „Königsrecht“ der Demokratie das Wahlrecht bereits für junge Menschen ab 14 Jahren zugänglich zu machen.

AfD: Wir sehen hierin kein grundsätzliches Problem. Wir denken nicht, dass Erwachsene gegen die Interessen von Kindern und Jugendlichen entscheiden, sehen aber die Gefahr, dass hier Interessengegensätze konstruiert und so der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet wird. Eine weitere Absenkung des Wahlalters lehnen wir strikt ab. Die Wahlentscheidung ist eine bedeutende Entscheidung. Die Bürger entscheiden, wen sie mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragen. Diese Entscheidung setzt ein Mindestmaß an geistiger Reife voraus, wie es in etwa der Erlangung der unbeschränkten Geschäftsfähigkeit mit 18 Jahren entspricht. Wir wehren uns deshalb strikt gegen eine Absenkung des Wahlalters auf 16 oder gar 14 Jahren bei Bundestags- und Landtagswahlen oder auf 14 bei Kommunalwahlen.

Frage 2: Digitalisierungsfähigkeiten gelten heute gesellschaftlich als selbstverständlich. Der aktuellen Studie „Digital Gender Gap“¹ ist zu entnehmen, dass Mädchen und Frauen sich über alle Felder der digitalen Kompetenz schlechter einschätzen als Jungen/Männer. Gleichzeitig wird deutlich, dass sie stark daran interessiert sind, ihr Wissen im Bereich Computer, Internet und digitale Themen auszubauen und das informale Lernen hat dabei eine wesentliche Bedeutung. Zugangsbarrieren zur Digitalisierung für Mädchen* und Frauen* in unterschiedlichen Lebenssituationen scheinen vorhanden.

Welche Schritte erwägt Ihre Partei, um verstärkt Mädchen* Möglichkeiten zum Ausbau ihrer Digitalisierungsfähigkeiten zu ermöglichen?

SPD: Eine geschlechtersensible Pädagogik (siehe Antwort zu Frage 6) muss auch auf Zugangsbarrieren in bestimmten Themenfeldern wie der Digitalisierung eingehen. Eng damit verbunden ist die Frage nach der Selbsteinschätzung von Frauen* bezüglich anderer technologischer Kompetenzen und dementsprechender Berufswahl. Hier wollen wir mit Förderprogrammen und Kampagnen einen Fokus auf die Ausbildung von Frauen* in MINT-Fächern legen (siehe Antwort zu Frage 5).

FDP: Zunächst müsste überprüft werden, worin die Zugangsbarrieren bestehen. Stereotype Zuschreibungen von höheren Digitalisierungskompetenzen für Jungen, welche Mädchen ihre eigenen geringer einschätzen lassen, lassen sich durch intensive Arbeit zur Geschlechtervielfalt auch durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und der Vorstellung von weiblichen Vorbildern verringern. Das Lerninteresse kann und sollte bei allen Möglichkeiten der Kompetenzvermittlung in Schule, Ausbildung, Freizeit und Familie genutzt werden.

DIE LINKE: Es stellt weiterhin eine große Herausforderung dar, Mädchen* und Frauen* zu befähigen, ihre Kompetenzen besser einzuschätzen und ihren Interessen ohne Hemmnisse nachgehen zu können. Dafür müssen die vorhandenen Zugangsbarrieren abgebaut werden. Gerade die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten und Chancen für alle. Hier kommt es darauf an, in allen Bereichen - vom Kindergarten über Ausbildung oder Studium bis zur Fort- und Weiterbildung - digitale Mündigkeit zu fördern und den Computer nicht nur als Werkzeug zu nutzen, sondern die digitalen Tools selbst zum Lerngegenstand zu machen. Imagekampagnen, Role Models und Patenschaften (Mentoringprogramme) sind weitere Möglichkeiten der Förderung.

Auch in den MINT-Fächern insgesamt wurden bisher keine großen Fortschritte bei der Steigerung des Frauenanteils erreicht. Es muss besser erforscht werden, wo die subtilen Barrieren dafür liegen, dass es trotz verschiedener Anstrengungen weitgehend bei den

¹ Vgl. <https://initiatived21.de/publikationen/digital-gender-gap/>

gewohnten Bildern bleibt. Einen Zugang sieht DIE LINKE in der Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in allen Bildungsinstitutionen (frühkindliche Bildung, Schulpädagogik, berufliche Bildung, Hochschulbildung, Erwachsenenbildung). Geschlechtersensitivität muss hier zu den pädagogischen Schlüsselkompetenzen gehören.

CDU: Unabhängig vom Geschlecht muss jungen Menschen der Umgang mit Digitalisierung und den Chancen daraus anders vermittelt werden. Es geht nicht um den reinen Konsum oder die Erstellung von Inhalten für Social-Media-Kanäle. Es geht um die Wissensvermittlung, wie digitale Inhalte entstehen und was technisch hinter solchen Prozessen steht. Mädchen brauchen auch hier vor allem Vorbilder. Deshalb sind, neben entsprechenden Kursangeboten um an MINT-Themen heranzuführen, vor allem auch Frauen zu unterstützen, die demonstrieren, dass MINT-Berufe für Frauen Chancen und Perspektiven bieten.

Bündnis 90/Die Grünen: Sachsen-Anhalts Schüler*innen müssen lernen, sich eine sachkundige eigene Meinung aus einer Flut an jederzeit verfügbaren Informationen zu bilden. Wir fordern deshalb mehr Fokus auf die Vermittlung von Medienkompetenz als Querschnitts-Schlüsselqualifikation in den Lehrplänen. Wir wollen auch die außerschulische Medienarbeit stärken und die Kooperation mit Schulen und Kitas fördern. Darüber hinaus wollen wir einen Runden Tisch Medienbildung etablieren, um alle beteiligten Akteur*innen besser zu vernetzen. Strategien für eine geschlechtersensible Medien- und Digitalisierungsbildung können dort entwickelt werden.

Noch bevor Kinder ihr erstes Smartphone in den Händen halten, sollten sie über ein kindgerechtes digitales Grundwissen verfügen. Es darf nicht allein Sache der Eltern sein, dies zu vermitteln. Interdisziplinäre Medienbildung und der Informatikunterricht müssen Bildungsinhalt für alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen werden

AfD: Wir wollen Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem Geschlecht Bildungsmöglichkeiten zuteilwerden lassen. Dabei wollen wir besonderen Wert auf die MINT-Fächer legen, die für den Industriestandort Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung sind.

Frage 3: Eine zunehmende Verschiebung von Inhalten des gesellschaftlichen Diskurses in den digitalen Raum führt zu einer Veränderung der Debattenkultur. So können Debatten pluraler und schneller geführt und Informationen hierzu breiter gestreut werden. Doch neben dem Austausch von Informationen wandelt sich auch deren soziale Kontrolle. Nicht selten werden persönliche Antipathien schneller und unbemerkt verbreitet. Mitunter verfolgen Menschen aber auch Ziele, die darüber hinausgehen, da sie einzelne Menschen oder Gruppen, zum Beispiel bezogen auf Geschlecht oder sexuelle Orientierung, ins Abseits drängen, herabwürdigen oder mobben². Bedingt durch die Möglichkeit der Verschleierung von personenbezogenen Daten bleiben Täter*innen oft unentdeckt und durch die digitale Distanz gelingt es Betroffenen nur schwer zu intervenieren.

Welche Ideen verfolgt Ihre Partei, um Jungen* und junge Männer* für einen bewussten und geschlechterreflektierten Umgang mit Medien zu sensibilisieren?

SPD: Es ist uns ein Kernanliegen, in der kommenden Legislatur allgemein die Medienbildung sowie die Entwicklung von Medienkompetenz von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung zu stärken. Hierbei soll die Vermittlung derartiger Kompetenzen zum Ausbildungskanon für Lehrkräfte sowie in der Kinder- und Jugendhilfe werden. Die geschlechterreflektierte Nutzung von Medien wird davon erfasst, da die Vermittlung von Geschlechtersensibilität für uns eine Querschnittsaufgabe in allen Bildungsbereichen darstellt (siehe Antwort zu Frage 6).

FDP: Der Umgang mit Medien findet ganztagig, das heißt auch außerhalb von Schule, Ausbildung oder Studium statt. Neben der Wertevermittlung durch das Elternhaus und z.B. der Aufklärung über Inhalte von Spielen, wie die abwertende Charakterisierung und Darstellung von Figuren, begrüßen wir sensibilisierende Angebote von spezialisierten Fachkräften und Institutionen als Mittel der Wahl.

DIE LINKE hält es für eine wichtige Aufgabe, jungen Menschen einen geschlechtersensiblen Umgang mit Medien zu vermitteln. Das muss offensiv in der Schule und vor allem auch in der Jugendsozialarbeit durch geschlechterreflektierte Jungen*arbeit auf der Grundlage entsprechende pädagogischer Konzepte geschehen. Es ist hierbei wichtig, die Wertschätzung von Unterschiedlichkeit und Vielfalt nahezubringen - und dass dies auch für die Kommunikation im virtuellen Raum gilt. Hierbei sollten nicht nur sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, sondern auch kulturelle, religiöse und weltanschauliche Unterschiede eine Rolle spielen. Zusätzlich bedarf es Studien zu geschlechtsspezifischer

² https://blog.campact.de/content/uploads/2019/07/Hass_im_Netz-Der-schleichende-Angriff.pdf
https://www.grimme-institut.de/fileadmin/Grimme_Nutzer_Dateien/Akademie/Dokumente/SR-DG-NRW_04-Online-Hate-Speech.pdf

Gewalt im Internet sowie der geschlechtsdifferenzierten Erfassung von Cybergewalt in der Polizeilichen Kriminalstatistik, um objektive Daten zu gewinnen, Fortbildungen der Pädagog*innen und Prävention gezielter gestalten und Betroffene besser schützen zu können.

CDU: Medienkompetenzen müssen an alle Menschen vermittelt werden. Es geht um die kritische Wertung von Inhalten bis hin zur Frage der Herkunft entsprechender Inhalte. Ein weiterer Schwerpunkt ist dabei natürlich, wie die Geschlechterrollen in Medien dargestellt werden und wie sie zu hinterfragen sind. Dazu müssen besonders die Jungs und jungen Männer sowohl im Schulunterricht als auch im Rahmen von Freizeitangeboten entsprechendes Wissen vermittelt bekommen.

Bündnis 90/Die Grünen: Neben den Aspekten zur Antwort auf die Frage 2 wollen wir dieses Thema insb. verstärkt in Schulen und der Beratungslandschaft aufgreifen und verankern. Wir wollen die Schulen weit stärker dazu anregen und ausstatten, für alle Schüler*innen ein Ort ohne Diskriminierung, Sexismus, Schikanieren und Gewalterfahrung zu sein. An allen Schulen müssen daher demokratiepädagogische Konzepte, Anti-Mobbing-Projekte sowie Programme zur Gewalt- und Suchtprävention ermöglicht werden. Damit sollen Kinder und Jugendliche soziale, ethische und demokratische Kompetenzen zur Persönlichkeitsbildung sowie zur gewaltfreien Kommunikation und gendersensiblen Sprache erwerben. Dabei müssen kulturelle Vielfalt, Geschlechtervielfalt sowie sexuelle Orientierungen berücksichtigt und queere Peer-to-Peer-Schulaufklärungsarbeit nach dem Vorbild der SCHLAU-Gruppen in NRW und Niedersachsen ausgebaut werden. Auch streben wir einen landesweiten "Anti-Mobbing-Tag" an unter Schirmherrschaft der künftigen Ministerpräsidentin/des künftigen Ministerpräsidenten, an dem an allen Schulen das Landes Veranstaltungen und Workshops für ein soziales Miteinander und gegen Diskriminierung stattfinden sollen. Dafür erhalten die Schulen ein gesondertes Budget.

In der Beratungslandschaft wollen wir das Thema der sexualisierten Gewalt unter Jugendlichen stärker aufgreifen und bearbeiten. In diesem Rahmen sind Angebote zur Sensibilisierung von männlichen Jugendlichen sicherlich angezeigt. Im gesamten angesprochenen Bildungsbereich ist neben dem Schutz vor Übergriffen, Diskriminierung und Gewalt mit einer „Opferperspektive“ auch die Täterprävention zu etablieren durch eine gezielte Ansprache und Einbezug männlicher Jugendlicher.

AfD: Kinder und Jugendliche sollten generell für die Gefahren, die im Umgang mit digitalen Medien stecken, sensibilisiert werden. Dazu gehören Sucht, Mobbing und auch die Verschwendung von Zeit, die anderweitig besser genutzt wäre. Weiterhin muss die Verfolgung von Straftaten im Internet erleichtert werden. Interbetreiber müssen verpflichtet werden, bei Seite 3 jeder Straftat umfänglich Daten mitzuteilen. Umgekehrt aber muss alles, was nicht strafbar ist, erlaubt bleiben. Eine Einengung der Meinungsfreiheit durch die politische Korrektheit oder unter dem Deckmantel von Netiquette-Regeln lehnen wir auch im Netz ab.

Frage 4: Die aktuelle Forschung³ des KgKJH und der OVGU zur Jungen*- und Mädchen*arbeit hat ergeben, dass eine kontinuierliche und qualitative Arbeit mit den Zielgruppen kaum möglich ist, da Fachkräfte zu häufig wechseln, was eine tiefgründige Beziehungsarbeit faktisch kaum zulässt. Der Kern der Arbeit ist nach Aussagen der Fachkräfte in der Mädchen*- und Jungen*arbeit aber die Beziehungsarbeit. Diese gelingt nur über den dauerhaften Austausch zwischen Fachkraft und Klientel.

Welche Maßnahmen zur Verstärkung wird Ihre Partei in der Kinder- und Jugendhilfe ergreifen, damit die Fachkräfte in der Mädchen*- und Jungen*arbeit nachhaltiger und kontinuierlicher Beziehungsarbeit leisten können?

SPD: Nach SGB VIII finanzieren Land und Kommunen die vielfältige Jugendarbeit. Es ist uns bewusst, dass dieses angesichts knapper kommunaler Finanzen nicht immer alle Bereiche gleichermaßen finanziell gut ausstattet. Wir setzen uns für ein verbessertes Vergütungssystem ein, um einem Fachkräftemangel entgegen zu wirken und mit den Akteur*innen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen — insbesondere im ländlichen Raum — zu analysieren.

FDP: Das Wechseln von Fachkräften in der gesamten Kinder- und Jugendarbeit ist ein breites Problem, welches auf komplexe Gründe in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Führungsverantwortung und Finanzierungsgestaltung sozialer Träger zurückzuführen ist. Ein Beitrag zur für die Beziehungsarbeit notwendigen Kontinuität ist ein bedarfsgerechtes an Eigenentwicklung, Selbstwirksamkeit und Lösungsorientiertheit gerichtetes Kinder- und Jugendhilfesystem, welches nachhaltige Angebote der Mädchen*- und Jungen*arbeit beinhaltet. Diese komplexe Aufgabe, die alle vorhanden Strukturen der verschiedenen Verwaltungs- und Trägerebenen im Land betrachtet, halten wir Freie Demokraten für notwendig, um das Kinder- und Jugendhilfesystem in nachhaltigen und sinnvollen Strukturen zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

DIE LINKE: Beziehungsarbeit ist die Basis jeglichen pädagogischen Handelns. Ohne personelle Kontinuität sind Fortschritte schwerer zu erreichen und immer wieder Rückschritte zu verzeichnen. Die Beschäftigten in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden befinden sich oft in einer prekären Beschäftigungs- und Einkommenssituation, weil es dafür bisher keine ausreichend gesicherte und auskömmliche Finanzierung gibt.

Die Förderung der Maßnahmen der kommunalen Jugendarbeit (ehemals Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm) will DIE LINKE mindestens um eine halbe Million Euro erhöhen und

³ Vgl. KgKJH (2020): Mädchen*- und Jungen*arbeit in Sachsen-Anhalt. Praxisforschung zu Rollenstereotypen und Retradierungen

eine Dynamisierung von mindestens 2,5 Prozent pro Jahr gesetzlich verankern. So sollen die Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe verbessert werden und gut ausgebildete Fachkräfte gewonnen und gehalten werden. DIE LINKE wird in der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, bei institutionell geförderten Trägern und Beratungsstellen eine Bezahlung nach dem öffentlichen Tarifrecht zur Grundlage machen und mehrjährige Zuwendungsverträge abschließen. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von personellen Mindeststandards für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten.

CDU: Die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe der kommunalen Ebene. Das Land unterstützt die Kommunen dabei durch entsprechende Förderprogramme. Trotz schwieriger Haushaltsaufstellungen in den kommenden Jahren wollen wir diese Mittel mindestens in der heutigen Höhe sichern. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir die Frage klären, wie die Arbeitsbedingungen in diesem Gebiet, zum Beispiel durch längerfristige Arbeitsverträge, verbessert werden können.

Bündnis 90/Die Grünen: Gute Arbeitsbedingungen sind das A und O, um eine gewissen Kontinuität bei den Fachkräften sicher zu stellen. Diese Kontinuität braucht es wiederum, um ein Vertrauensverhältnis zwischen den Fachkräften und den jungen Menschen aufbauen zu können. Überdies erschwert der Fachkräftemangel die langfristige Personalbindung wie auch Personalgewinnung. Von Landesseite flankieren wir eine nachhaltige Personalpolitik der Träger durch eine Landesförderung, die entsprechend der Tarifentwicklung dynamisiert wird. Gleichzeitig wollen wir eine verlässliche Ausreichung dieser Gelder. Die Landesverwaltung soll für institutionell geförderte Träger und bei bereits langjährigen Fördervorhaben, die im Landeshaushalt verankerten Ausgaben spätestens 4 Monate nach Haushaltsbeschluss bescheiden und ausreichen. Dabei wollen wir eine auch eine 2-jährige Bescheidung ermöglichen. Verwendungsnachweise für diese sind auf das unbedingt Nötige zu verringern und es soll im Grünen Sinne mit Pauschalen gearbeitet werden.

AfD: Jugendarbeit sollte die Begegnung zwischen den Geschlechtern und den kameradschaftlichen Zusammenhalt fördern. Selbstverständlich kann es vorkommen, dass Jungen und Mädchen Ansprechpartner für geschlechtsspezifische Probleme benötigen, diese finden sich dann aber zwanglos nach Sympathie und Eignung. Geschlechtssegregativen Tendenzen und einer grundsätzlichen Differenzierung nach Jungen- und Mädchenarbeit stehen wir sehr kritisch gegenüber.

Frage 5: Obwohl es in Deutschland zurzeit 325 Ausbildungsberufe⁴ gibt, entscheiden sich 53 % der Mädchen* (vier Varianten der Kauffrau, drei Varianten der Fachangestellten: Medizin, Zahnmedizin, Verwaltung, Hotelwesen und Friseur) und 39,4 % der Jungen* (Elektronik, Industrie und Informatik) stark geschlechtertradiert für die jeweils zehn beliebtesten Ausbildungsberufe der Frauen* und der Männer*. Ähnlich sieht es in der Studienorientierung⁵ aus. In der Folge sind weibliche Auszubildende und Studierende in den MINT-Berufen sowie im Handwerk unterrepräsentiert, junge Männer fehlen in den Bereichen Sozialwissenschaften, Erziehung und Pflege.

Welche Ideen verfolgt Ihre Partei für eine Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen* und Jungen* bei gleichzeitigem Abbau der Geschlechterstereotypen?

SPD: Bereits die Berufsorientierung muss für uns auf Geschlechtersensibilität ausgerichtet sein. Junge Menschen dürfen nicht von ihren Berufswünschen abgehalten werden, nur weil diese nicht „ihrem Geschlecht entsprechen.“ Bisher wirken sich Geschlechterklischees noch deutlich auf die Berufswahl aus, sodass beispielsweise in den MINT-Berufen wenig Frauen* und in der Sozialen Arbeit wenig Männer* beschäftigt sind. Hier wollen wir mit entsprechenden Förderprogrammen und Werbekampagnen das Bewusstsein für ein Durchbrechen beruflicher Geschlechterstereotypen schaffen. Darüber hinaus haben wir mit dem Landesberufsorientierungsprogramm BRAFO bereits eine sehr gute Struktur der Berufsorientierung für Schüler*innen und junge Menschen. Auch dieses soll für uns in Zukunft verstärkt geschlechtersensible Hilfestellung anbieten und über die ganze Bandbreite von Berufsoptionen unabhängig von Stereotypen informieren.

FDP: Die Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Jungen abseits der geschlechterstereotypen Berufe halten wir Freie Demokraten für enorm wichtig. Die Berufswahl ist jedoch nur ein Ausdruck der Verinnerlichung von Geschlechterstereotypen, die aus einer Vielzahl von gesammelten Informationen bestehen, die Kinder und Jugendliche in ihrem häuslichen Umfeld, in (sozialen) Medien, Werbung und im interaktiven Umgang aufnehmen. Diese Stereotype aufzubrechen ist eine langfristige Aufgabe, die alle Akteur*innen, auch die Schulen und Kindergärten, auf den Plan ruft. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang Aufklärung und Bildung in vielfältiger niedrigschwelliger Form und entsprechende Vorbilder.

⁴ vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156901/umfrage/ausbildungsberufe-in-deutschland/>

⁵ vgl. <https://studienwahl.de/orientieren/typisch>

DIE LINKE: Wir gehen davon aus, dass sich das Berufswahlverhalten von jungen Frauen* und jungen Männern* nicht kurzfristig ändern lässt. DIE LINKE unterstützt verschiedene Ansätze, um Mädchen* und junge Frauen* für vermeintlich typische „Männerberufe“ zu interessieren und Jungen und jungen Männern die vermeintlichen „Frauenberufe“ näher zu bringen.

Der Abbau von Geschlechterstereotypen ist ein langer Prozess, der in der frühkindlichen Entwicklung in der häuslichen Umgebung wie in der Kita einsetzen muss. Wichtige Schritte sind schon konkrete Angebote im Kindergarten, wie beispielsweise das Haus der Kleinen Forscher, die weiter ausgebaut werden müssen. In der Schule sollte versucht werden, ob ggf. in einzelnen Stunden bzw. Unterrichtssequenzen eine getrennte Unterrichtung von Jungen* und Mädchen* helfen kann, dass sich Mädchen* offener und selbstbewusster in den MINT-Fächern zeigen, wenn sie sich nicht unmittelbar mit den Jungen* messen müssen. Für die Berufswahl kommt es ganz entscheidend darauf an, dass die Berufsorientierung durch die Berater*innen der Agentur für Arbeit gezielter mit der Ermutigung für die Wahl sogenannter „Jungenberufe“ erfolgt, wofür die Berater*innen ausreichend geschult werden müssen.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Stabilisierung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung besonders an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen ein, damit ein geschlechtersensibler Unterricht überhaupt stattfinden kann und fordert u.a. eine deutliche Aufwertung der technischen Bildung an den Gymnasien. Praktische Bildungsabschnitte (polytechnischer Unterricht) sollen an den allgemeinbildenden Schulen mehr Gewicht erhalten. Berufsorientierung und Berufsberatung müssen an den Schulen aller Schulformen fester Bestandteil sein und gezielt darauf hinarbeiten, das tradierte Rollenverständnis aufzubrechen.

DIE LINKE unterstützt seit langem Werbekampagnen wie den Zukunftstag. Wir treten dafür ein, dass auf kommunaler Ebene im Rahmen regionaler Bildungslandschaften über diese Aktionen hinaus längerfristige weitere Formen entwickelt werden, um die Berufswahl durch praktisches Erleben zu unterstützen. Darüber hinaus muss es gelingen, familienfreundliche Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsbedingen zu schaffen und die besonderen Interessen und Bedürfnisse von Frauen* und Männern* in der Ausbildung wie im Erwerbsleben zu berücksichtigen.

CDU: Die Berufswahl erfolgt häufig auf der Basis der beruflichen Tätigkeit der eigenen Eltern oder im Freundes- und Bekanntenkreis. Neben umfänglichen Informationen zu den unterschiedlichsten Berufsbildern sollen Mädchen und Jungen gezielt auf Berufe aufmerksam gemacht werden, bei denen das jeweilige Geschlecht unterrepräsentiert ist. Daneben braucht es jeweils auch entsprechender beruflicher Vorbilder.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Berufswahl junger Menschen folgt leider oftmals noch weniger individuellen Neigungen und Interessen, sondern geschlechtertypischen Rollenmustern. Gerade das Berufswahlverhalten der Mädchen ist dabei auf wenige typische Berufsfelder begrenzt. Dies wollen wir nachhaltig ändern und individuelle Entscheidungen befördern. Von kleinen Ansätzen wie dem Girls' und Boys'Day, über Unterstützungsangebote für junge Auszubildende in geschlechteruntypischen Berufen bis hin zu grundlegenden Ansätzen eines Abbaus von Stereotypen etwa durch den „Kita-Koffer“. Auch die Berufsorientierung an Schulen mittels des Programms BRAFO ist geschlechtersensibel auszurichten, um Mädchen* und Jungen* frühzeitig einen weiteren Horizont an möglichen Berufen bekannt zu machen.

AfD: Wenn Jungen und Mädchen, ohne dazu gezwungen zu werden, ein unterschiedliches Berufswahlverhalten zeigen, dann ist das etwas, was die Politik hinnehmen muss. Wir wehren uns dagegen, tradierte Verhaltensweisen, an denen die Bürger in Freiheit festhalten, zu bekämpfen, nur, weil es tradierte Verhaltensweisen sind. Wir sollten darauf achten, dass niemand zu einer bestimmten Berufswahl gedrängt wird, auch und gerade nicht durch verfehlte Vorgaben einer Gender-Politik. Die von einer solchen Politik ausgehenden Zwänge halten wir für weit schädlicher und gefährlicher als die vermeintlichen Zwänge durch tradiertes Verhalten. Anders gesagt: Der Mensch braucht Tradition, aber kein Mensch braucht die Gender-Ideologie.

Frage 6: Geschlechter- und Familienvielfalt sind nur Randthemen in der Erzieher*innenausbildung. Beide Themenfelder werden im „Fachrichtungslehrplan für Fachschulen im Sozialwesen“ nicht explizit benannt, sondern sind im Lernfeld 3: „Lebenswelten und Diversität wahrnehmen, verstehen und Inklusion fördern“ unter dem Aspekt Betrachtung diversitärer Lebenswelten mitzudenken.⁶ Im aktuellen Standartwerk der Erzieher*innenausbildung „Professionelles Handeln im sozial-pädagogischen Berufsfeld“ wird Geschlecht lediglich über den Ansatz der geschlechterbewussten Arbeit thematisiert. Inhaltlich wird sich auf die stark komprimierte Auseinandersetzung (lediglich fünf Seiten) mit Geschlechterrollen und -stereotypen beschränkt.⁷ Eine Vertiefung um geschlechtervielfaltsbewusste Aspekte liegt hierbei in der Verantwortung der lehrenden Personen.

Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei in der curricularen Verankerung von LSBTIQ*-Themen in der pädagogischen Ausbildung beziehungsweise Qualifikation?

SPD: Zur Förderung der Akzeptanz von LSBTTIQ*-Menschen sollen insbesondere an den Kitas, Schulen und Berufsschulen die entsprechenden Bildungsangebote in Richtung geschlechtersensible Pädagogik ausgebaut werden. Dies umfasst auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals in der Kinder- und Jugendhilfe sowie des schulischen Lehrpersonals. Lernmaterialien wollen wir auf Geschlechterklischees und Diskriminierung überprüfen und entsprechend anpassen.

FDP: Die Vermittlung von Wissen über LSBTIQ-Themen darf nicht vom individuellen Interesse lehrender oder lernender Personen oder der zufälligen Wahrnehmung von Bildungsgelegenheiten abhängen, sondern sollte fester Bestandteil der pädagogischen Ausbildung bzw. Qualifikation (auch Weiterbildung) sein. Denn nur so kann die Entwicklung der Akzeptanz von Geschlechtervielfalt und deren Bedürfnissen gelingen.

DIE LINKE: Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Kitas sind keine geschlechtsneutralen Räume. Wir brauchen einen selbstverständlichen und respektvollen Umgang mit Menschen unterschiedlicher geschlechtlicher Identitäten. Um dies zu erreichen, wollen wir Lehrkräfte, Erzieher*innen und sozialpädagogische Fachkräfte dabei unterstützen, eine auf Diversität und auf Vielfalt bedachte Lehr- und Lernkultur in den Einrichtungen des Landes zu verankern. Dazu müssen zunächst die Standards für die Ausbildung von pädagogischen Fachkräften überarbeitet werden und die Rahmenbedingungen der Aus- und Fortbildung diskriminierungskritisch aufgestellt werden.

⁶ vgl. https://www.bildung-lsa.de/pool/RRL_Lehrplaene/berufsbildung/FR_LP_FS_Sozwes_Endf.pdf (S. 12)

⁷ vgl. Cornelsen (2017): professionelles Handeln im sozialpädagogischen Berufsfeld (S. 473f.)

Queere Lebensweisen müssen verbindlich in die Curricula der Erzieher*innen- und Lehrkräfteausbildung aufgenommen werden, um diese als verbindlichen Bestandteil des Unterrichts zu verankern. Darüber hinaus muss die geschlechtliche Vielfalt in Fachlehrplänen und Unterrichtsmaterialien berücksichtigt werden. Im sozialpädagogischen Bereich muss der Fortbildungskatalog des Landesjugendamtes um Themen der Geschlechtervielfalt erweitert werden.

Ein weiterer Baustein ist die Bereitstellung von Ressourcen für Projekte und Programme, die Schulen und Kitas dabei unterstützen diskriminierende Prozesse und Strukturen zu erkennen, abzubauen und langfristig zu verhindern.

CDU: Die Überarbeitung entsprechender Ausbildungsinhalte muss in Abstimmung mit den Ausbildungseinrichtung und den Trägern der Ausbildungseinrichtungen erfolgen. Im Rahmen notwendiger Novellierungen werden wir prüfen in welchem Umfang dieses Thema zusätzlich verankert werden kann.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir als Grüne stehen für die volle Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen ein. Diese Vielfalt bereichert unser Land. In einer offenen Gesellschaft darf die Identität eines Menschen kein Grund sein, sie oder ihn schlechter zu stellen, auszugrenzen oder gesellschaftlich abzuwerten. Wir wollen Freiheiten ausbauen, Diskriminierung abbauen und die Gleichstellung im Land vorantreiben. Diese Arbeit beginnt schon in den Kindertagesstätten. Deshalb wollen wir den Einsatz eines Kita-Koffers zum Thema Familien- und Lebensvielfalt als gängiges pädagogisches Mittel. Dabei wichtig ist die fachliche Begleitung des Koffers, so dass Einrichtungen bei der Überreichung der Materialien eine entsprechende Erläuterung dieser und der dahinterstehenden Konzepte erhalten. Dadurch entsteht Weiterbildung auf beiden Seiten: Die Erzieher*innen erhalten das notwendige Wissen zu den verschiedenen Familienmodellen und LSBTIQ*-Ansätzen, dass sie dann später in der Arbeit mit den Kindern einbringen können. Hiermit wird nachhaltig Akzeptanz und Toleranz geschaffen.

AfD: Wir sehen keine Notwendigkeit, LSBTIQ-Themen in der pädagogischen Ausbildung stärker zu verankern. Wir wollen diese Themen nicht ganz verbannen, aber die Beschäftigung damit darf nicht mehr Gewicht einnehmen als dem Bevölkerungsanteil der jeweiligen Personengruppen entspricht. Das ist schon längst der Fall. Oft scheint diesen Themen sogar mehr Gewicht gegeben zu werden, als ihnen eigentlich gemessen am Bevölkerungsanteil zukommen sollte.

Frage 7: Seit 2018 sensibilisiert das KgKJH im Rahmen des Projektes Medienkoffer „Geschlechtervielfalt in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, in Grundschulen und Horten“ pädagogische Fachkräfte für Geschlechterzuschreibungen, Geschlechter- und Familienvielfalt. Das Projekt wird im Rahmen des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von LSBTTI in Sachsen-Anhalt bis Jahresende 2021 gefördert. Von 1786 sachsen-anhaltischen Kindertagesstätten und 549 Grundschulen konnten im Rahmen des Projektes bisher 41 Einrichtungen und ca. 950 Fachkräfte erreicht werden. Eine Fortführung des Projektes über die Förderperiode hinaus ist essentiell, um pädagogische Fachkräfte in Sachsen-Anhalt längerfristig und flächendeckend zu sensibilisieren und um geschlechtervielfaltsbewusste Materialien für die pädagogische Praxis bereitzustellen.

Welche Strategien verfolgt Ihre Partei bezüglich einer Verstetigung des Medienkoffers „Geschlechtervielfalt in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, in Grundschulen und Horten“?

SPD: Wir wollen Bildungsprozesse zur Akzeptanz von menschlicher Vielfalt in Kitas und Schulen ausbauen. Der Medienkoffer ist in diesen Prozessen ein wichtiger Bestandteil. Seine stärkere Integration in die Bildungsarbeit sowie die Ausweitung seiner Nutzung ist dementsprechend für uns an dieser Stelle zentrale Forderung. Wir setzen uns für die Anschaffung mindestens eines Medienkoffers pro Landkreis und kreisfreier Stadt ein.

FDP: Die Sensibilisierung von Fachkräften der frühkindlichen Bildung sowie von Lehr- und Erziehungs- oder Betreuungskräften an Grundschulen ist für die Akzeptanz und das Verstehen von Geschlechtervielfalt unerlässlich. Wir Freien Demokraten sprechen uns ausdrücklich für eine langfristige Förderung und Erweiterung des Projektes Medienkoffer aus, da sich dieses inhaltlich fundierte und bewährte Konzept für die notwendige Wissensvermittlung erfolgreich etabliert hat.

DIE LINKE: Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. soll weiterhin institutionell gefördert werden. Die Einführung des Medienkoffers für Kitas und Grundschulen in Sachsen-Anhalt ist ein guter und richtiger Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Bildung, jedoch kann dies nur der Anfang sein. Die Finanzierung des Medienkoffers muss daher verstetigt werden. Auch für die weiterführende Bildung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sollen bedarfsgerechte fachliche Angebote vom Land gefördert werden. Dazu zählt für DIE LINKE auch ein Ausbau der Gender-Bibliothek des KgKJH.

CDU: Im Rahmen der möglichen Regierungsbildungen ist zu prüfen, ob die Finanzierung des Projektes verstetigt werden kann und die Finanzierung von zusätzlichen Medienkoffern und den notwendigen Ersatzbeschaffungen erfolgen kann.

Bündnis 90/Die Grünen: Das Projekt "Medienkoffer Geschlechtervielfalt" für Kita und Grundschulen, der so genannte Kitakoffer des Kompetenzzentrums für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe wollen wir verstetigen und so ausbauen, dass deutlich mehr Einrichtungen davon partizipieren können. In den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2020/21 haben wir uns daher erfolgreich für eine Steigerung der Mittel um 20.000 Euro jährlich eingesetzt. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und uns dafür einsetzen, dieses großartige Projekt in den Kitas noch bekannter zu machen.

AfD: Abweichende sexuelle Neigungen sind nichts, womit Kinder im Vorschulalter und in der Grundschule konfrontiert werden müssen. Wenn mithilfe des Kita-Koffers der „Normalitätsbegriff der Familie ein Stück weit hinterfragt“ werden soll, wie die Verantwortlichen selbst freimütig erklären, so ist das nichts anderes als Kindeswohlgefährdung. Kinder brauchen klare Normen und Normalität, um sich gut zu entwickeln. Die AfD lehnt jede Form der Frühsexualisierung und jedwede Agitation von Kleinkindern und Grundschulern im Sinne devianter Formen von Sexualität ab. Deshalb werden wir alle staatlichen Kampagnen und Programme einstellen, die eine frühsexualisierte Vereinnahmung von Kindern zum Ziel haben.

Frage 8: Über Maßnahmen in spezifischen Aktionsprogrammen und -plänen versuchen die Bundesländer die gesellschaftliche und strukturelle Akzeptanz von LSBTTIQ*-Personen in den jeweiligen Bundesländern auszubauen und zu stärken.⁸ Unter der Federführung des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung setzt auch Sachsen-Anhalt bis zum Ende 2021 einen solchen Aktionsplan um. In der Antwort vom 18.10.2019 auf eine Große Anfrage „zur Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI*) in Sachsen-Anhalt“ resümiert die Landesregierung, dass trotz einiger Fortschritte für LSBTTI im Bereich der gesetzlichen Regelungen weiterhin Handlungsbedarfe auf dem Gebiet der Queerpolitik bestehen, um das Verständnis für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu erhöhen.⁹

Welche Strategien verfolgt Ihre Partei hinsichtlich einer Fortschreibung des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI)?

SPD: Das Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt, zu dem das LSBTTI-Aktionsprogramm gehört, wollen wir in Gänze evaluieren und weiterentwickeln. Hierbei sollen konkrete, quantitativ und qualitativ bestimmte Maßnahmen in diesem Programm, in Zukunft verbindlich für alle politischen Handlungsfelder verbindlich festgeschrieben werden. Als Querschnittsaufgabe ist es von allen Ressorts umzusetzen. Wie schon bei der Implementierung des LSBTTI-Aktionsprogramms im Jahr 2015 wollen wir den Lesben-, Schwulen- und Queerpolitischen Runden Tische Sachsen-Anhalt (LSQpRT) bei der Weiterentwicklung beteiligen.

FDP: Die Akzeptanz von LSBTTI*Menschen in unserem Land ist in den unterschiedlichen Lebens-, Lern- und Arbeitsbereichen unterschiedlich ausgeprägt. Die Fortschreibung des Aktionsprogramms sollte vor allem übergreifende nachhaltige Strategien des freiheitlichen Lebens aller verfolgen, die auf Aufklärung, Wissen, Wertschätzung und Achtung von Menschen ausgerichtet ist und verschiedene Angebote (niedrigschwellig bis wissenschaftlich) für relevante Gruppen wie Lehrkräfte, Erzieher*innen, Hochschullehrkräfte aber auch Führungskräfte in Verwaltungen, Unternehmen und Institutionen und weitere Interessierte beinhaltet. Ziel muss es sein, die Inklusion von Geschlechtervielfalt in der gesamten Lebensbandbreite als selbstverständlich zu etablieren statt die Expertise auf wenige Berufs- und Interessengruppen zu beschränken

⁸ Vgl. https://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/wp-content/uploads/2018/08/final_Aktionsplaene.pdf S. 5

⁹ Vgl. <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d5108lag.pdf> (S. 3)

DIE LINKE: Das „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTI*“ ist von großer Bedeutung, um die Rechte, und die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTI* zu stärken. Es muss im engen Dialog mit den im Land aktiven Verbänden und Interessenvertretungen unbedingt fortgeschrieben und kontinuierlich den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden. Spezielle Erfahrungen aus der Pandemie müssen dabei berücksichtigt werden.

CDU: Erste Priorität hat tatsächlich die Umsetzung des Aktionsprogramms in seiner aktuellen Form. Hier gibt es noch Defizite. Bei der Fortschreibung des Programms sind die Verbände als Interessenvertreter der LSBTTI-Community mit einzubeziehen und vor allem die Finanzierung der darin enthaltenen Maßnahmen zu sichern.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollen das LSBTIQ*-Aktionsprogramm der Landesregierung als zentrale, ressortübergreifende Daueraufgabe im Land Sachsen-Anhalt für eine nachhaltige Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*-, intergeschlechtlichen, nonbinären sowie queeren Menschen (LSBTIQ*) unter Beteiligung von LSBTIQ*-Verbänden weiterentwickeln und Maßnahmen konsequent umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie fortgeschrieben und in der neuen Legislaturperiode konsequent umgesetzt wird. Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile und Ressentiments gegen LSBTIQ* abzubauen, die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen Identitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern und Homo- und Transphobie zu bekämpfen. Wir wollen weniger Prüfaufträge, stattdessen mehr klar abrechenbare Aufträge. Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile und Ressentiments gegen LSBTIQ* abzubauen, die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen und gender-Identitäten u.a. über eine Landeskampagne in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern und Homo- und Trans*-Feindlichkeit zu bekämpfen. Wir werden Kommunen ermutigen für die Akzeptanz und zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTIQ* ebenfalls aktiv zu werden. Wir wollen weniger Prüfaufträge, stattdessen mehr klar abrechenbare Aufträge. Die bestehenden zwei halben Koordinierungsstellen wollen wir durch eine unabhängige Landeskoordinierungsstelle LSBTIQ* ersetzen. Sie soll eine Netzwerkfunktion erfüllen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Landesregierung kontinuierlich mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeitet, die sich mit den Problemen von LSBTQI* beschäftigen. Eine unabhängige Landeskoordinierungsstelle für das gesamte Land verbessert den fachlichen Austausch, analysiert die gesamtgesellschaftlichen Defizite und entwickelt und setzt Ansätze zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTQI* um.

Die beiden unabhängigen LSBTIQ*-Landeskoordinierungsstellen in Sachsen-Anhalt – Fachstellen für Fragen zur sexuellen und geschlechtlichen Identität – wollen wir zu einem unabhängigen LSBTIQ*-Landeskompetenzzentrum Sachsen-Anhalt bei einem Träger mit zwei Standorten in Magdeburg und Halle zusammenfassen und es personell und finanziell

auskömmlich ausstatten. Das Landeskompetenzzentrum soll in seiner Netzwerkfunktion mit fachlichen Austausch erweitert werden, die neu eingerichtete LSBTIQ*-Diskriminierungs-Meldestelle Sachsen-Anhalt (DiMSA) im Anti-Diskriminierungsschwerpunkt ausbaut sowie der Schwerpunkt Aus- und Fortbildung von beruflichen Multiplikator*innen und Erwachsenen gestärkt werden.

AfD: Wir wollen dieses Programm nicht fortschreiben. LSBTTI-Personen werden durch unseren Rechtsstaat in all ihren Freiheiten hinreichend geschützt. Einer Erziehung der Gesellschaft zu mehr „struktureller Akzeptanz“ bedarf es nicht.

Frage 9: Laut der DJI-Studie zu Coming-out gaben die befragten Personen an, dass nur 17,7 % der Lehrer*innen zeigen, dass sie es nicht dulden, wenn Mitschüler*innen geärgert werden, weil sie für LSBT* gehalten werden. Laut den Befragten scheinen fast 50 % der Lehrenden sich nicht in der Verantwortung zu sehen, sich klar gegen solche Formen der Diskriminierung zu positionieren. Geschlecht ist ein Thema, welches im schulischen Kontext häufig im Biologieunterricht und laut der Fachlehrpläne lediglich im Kontext geschlechtlicher und ungeschlechtlicher Fortpflanzung verortet wird.¹⁰ /¹¹ Geschlecht wird dadurch auf eine biologische Ebene reduziert und vielfaltsbewusste sowie diskriminierende Perspektiven scheinen kaum berücksichtigt.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei bezüglich einer Überarbeitung von Fachlehrplänen und Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien im Kontext Geschlechter- und Familienvielfalt?

SPD: Siehe Antwort zu Frage 6.

FDP: Sowohl die Fachlehrpläne als auch die Fortbildungen über das LISA erfordern eine Erweiterung um das Wissen von Geschlechter- und Familienvielfalt. Dieses Wissen hilft den Lehrkräften Ihre Verantwortung für die Verhinderung und Beseitigung von Diskriminierung und Mobbing wegen des Geschlechts oder der sexuellen Identität von Kindern und Jugendlichen wahrzunehmen und dieses Wissen in den schulischen Alltag gegenüber Kindern, Jugendlichen und Eltern zu integrieren.

DIE LINKE setzt sich für ein Bildungswesen ein, das jedem Kind ungeachtet seiner Herkunft oder seines Geschlechts und entsprechend seiner individuellen Anlagen, Interessen und Fähigkeiten die besten Bildungschancen ermöglicht. In diesem Sinne müssen auch die an den Schulen verwendeten Lehr- und Lernmaterialien diskriminierungskritisch durchgesehen und überprüft werden. Die Verantwortung der Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter*innen für eine diskriminierungsfreie und geschlechtergerechte Erziehung muss in den pädagogischen Handreichungen klar verankert und zum Gegenstand spezieller Fortbildungen gemacht werden.

¹⁰ vgl. https://lisa.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LISA/Unterricht/Lehrplaene/Gym/FLP_Gym_Biologie_LT.pdf

¹¹ vgl. https://lisa.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LISA/Unterricht/Lehrplaene/Sek/Anpassung/lp_sks_biologie_01_08_2019.pdf

CDU: Bei der Überarbeitung der Studieninhalte wollen wir die entsprechenden Verbände mit einbeziehen, um die geschilderten Themen aufzugreifen. Natürlich hat die Vermittlung von pädagogischen, didaktischen und fachspezifischen Kenntnissen im Lehramtsstudium Priorität.

Bündnis 90/Die Grünen: Grundsätzlich muss das Bildungssystem für Veränderungen so ertüchtigt werden, dass Rahmenlehrpläne Raum für Erneuerung lassen und Lehrer*innen in die Lage versetzt werden, mit der Entwicklung Schritt zu halten. Zwei Ausgleichsstunden pro Monat sollten Lehrer*innen daher für Weiterbildung oder Schulweiterentwicklung zur Verfügung stehen. Nur so können Lehrer*innen über Peer-to-Peer- oder Microlearning auch ihr Wissen innerhalb des Kollegiums weitergeben. Diese Öffnung der Lehrpläne kann auch der stärkeren Berücksichtigung von Geschlechter- und Familienvielfalt dienen. Gleichzeitig wollen wir diese Themen auch explizit in den Lehrplänen breiter verankern und aufgreifen wie es das LSBTIQ*-Aktionsprogramm vorsieht.

AfD: Wir sehen keine Notwendigkeit, die Lehrpläne in dieser Hinsicht grundlegend zu überarbeiten. Das Thema „Geschlecht“ ist im Biologieunterricht gut aufgehoben. Die geschlechtliche Selbstfindung ist etwas, was sich im freien Leben der Jugendlichen abspielt und worin staatlicher Schulunterricht nicht allzu stark eingreifen sollte. Freilich sollten Lehrer konsequent gegen jede Art von Hänselei und Mobbing vorgehen, ganz gleich, welche Gründe sich dahinter verbergen. Unkameradschaftliches und seelisch verletzendes Verhalten, das sich an einer bestimmten sexuellen Orientierung festmacht, ist nicht besser als unkameradschaftliches und seelisch verletzendes Verhalten, das sich auf Körpereigenschaften oder sonstige Eigenarten bezieht. Damit Lehrer ein Klima durchsetzen können, in dem niemand Angst haben muss, gehänselt und gemobbt zu werden, benötigen sie vor allem mehr Autorität. Wir wollen ihnen in diesem Sinne den Rücken stärken und sie ermächtigen, bei Fehlverhalten konsequent durchzugreifen.

Frage 10: Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. ist die einzige landesweit wirkende Fachstelle für Genderkompetenz und Geschlechtervielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt und gleichzeitig Projektträger des landesweit tätigen Medienkoffers Geschlechtervielfalt in Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten. Gleichstellungspolitik erfolgt in der Lebensverlaufsperspektive und die Entwicklung von Geschlechtervielfaltsbewusstsein ist schon in der Kita unerlässlich. Nur so kann es gelingen, Akzeptanz und Toleranz für individuelle Entscheidungen von Mädchen* und Jungen*, Frauen* und Männern* zu entwickeln. Wichtig ist deshalb ein systemisches Wirken, das nicht nur einzelne Lebensbereiche von Mädchen* und Jungen* betrachtet, sondern ressortübergreifend wirkt. Die Landesförderung lässt zurzeit ein ressortübergreifendes Wirken des KgKJH nicht zu.

Welche Möglichkeiten der Stärkung und des Ausbaus des Arbeitsbereiches hin zu einer ressortübergreifenden Fachstellenarbeit sieht Ihre Partei?

SPD: Mit dem KgKJH gibt es im Land eine Struktur, die den Fachkräften in der geschlechtergerechten Kinder- und Jugendarbeit Kompetenzen vermittelt und unterstützt. Das KgKJH hat nach § 9 Nr. 3 SGB VIII den Auftrag, die Entwicklung von geschlechtersensiblen Angeboten zu unterstützen, auf den Abbau von Benachteiligungen sowie die Berücksichtigung der unterschiedlichen Problem- und Interessenlagen der verschiedenen Geschlechter hinzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, dass das SGB VIII und sein bisher zweigeschlechtlicher Interpretationsrahmen um transidente, nicht-binäre und intergeschlechtliche Kinder und Jugendliche erweitert wird. Inwiefern die Strukturen des KgKJH weiterentwickelt werden können, sollte in Zusammenarbeit mit den Akteuren sowie der Landesregierung und den Kommunen besprochen werden. Wir stehen einer solchen Weiterentwicklung offen gegenüber.

FDP: Wir Freie Demokraten unterstützen den ressortübergreifenden Ansatz, da nur so ein echtes Bewusstsein für Geschlechtervielfalt und der Bedürfnisse hieraus gebildet werden kann. Dies kann durch langfristige Kooperationsvereinbarungen geschehen, wodurch sichergestellt ist, dass die Fachkompetenz aus einer Hand erfolgt und keine Doppelstrukturen mit abweichenden Ansätzen installiert werden.

DIE LINKE: Da das Kompetenzzentrum aus dem Haushalt des Sozialministeriums gefördert wird, ist für das KgKJH die Durchführung von Projekten außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. in Schule und Ausbildung) und damit ein Arbeiten entlang der Lebensverlaufsperspektive bisher nicht möglich. Hier müssen Wege der Finanzierung gefunden werden, die diese hinderliche Barriere beseitigen.

CDU: Die Themen sind ressortübergreifend, daher ist die Ansiedlung des Themas in der kommenden Wahlperiode in der Staatskanzlei zu prüfen. Im welchen Umfang Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden können, bleibt dem neuen Landtag und den anstehenden Haushaltsberatungen überlassen. Hier können wir nicht den entsprechenden Beratungen vorgreifen.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Arbeit des KgKJH erachten wir als unerlässlich und besonders wertvoll für das Land. Auch bundesweit wirkt das KgKJH als landesweite Fachstelle durchaus als Vorzeigeprojekt und Leuchtturm. Eine Fortführung und bedarfsgerechte Finanzierung stehen daher für uns außer Frage. Die Einschränkung seines Wirkungsbereichs und damit etwa die Schranken in Bezug auf Engagement im Bereich Schule halten wir ob des Querschnittcharakters von Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit für überholt. Mit Beginn der kommenden Legislatur ist eine Weiterentwicklung des KgKJH hin zu einer ressortübergreifenden Fachstelle daher anzugehen.

AfD: Keine. Wir wollen das Projekt so schnell wie möglich einstellen. Weshalb schreiben sie eigentlich Mädchen und Jungen immer mit einem *?